

Niederschrift

**über die 20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 11.03.2009 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Ratsmitglieder

Frau Susanne Brandenburg	CDU
Frau Ute-Lucia Krall	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Frau Angelika Urban	CDU
Herr Heinz-Georg Wingartz	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Birgit Alkenings	SPD
Herr Hans-Georg Bader	SPD
Frau Anabela Barata	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Rolf Mayr	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Jürgen Scholz	SPD
Herr Ludger Reffgen	BA
Herr Udo Weinrich	BA
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne
Herr Werner Horzella	dUH
Herr Achim Kleuser	fraktionslos

Ratsmitglied

Herr Alexander Büttner	CDU	für Rm. Walter Corbat
Herr Lothar Kaltenborn	CDU	ab TOP 3.1
Herr Friedhelm Burchartz	FDP	für Rm. Achim Kleuser für Rm. Rudolf Joseph bis TOP 4.2

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Horst Thiele	
Herr Beig. Reinhard Gatzke	
Herr Beig. Norbert Danscheidt	
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete	
Herr Lutz Wachsmann	
Herr Michael Witek	
Frau Monika Ortmanns	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Roland Becker	
Frau Christina Herzberg	

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht | |
| 3 | Anregungen und Beschwerden | |
| 3.1 | Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW;
hier: Wohnprojektgruppe MÖWE zum städtischen Grundstück Gerresheimer Straße 20 | 23/58 |
| 3.2 | Antrag nach § 24 GO NRW, Benennung einer künftigen Straße nach Frau Hendrika Grüter | 61/249 |
| 3.3 | Antrag nach § 24 GO NW
hier: Einrichtung eines Zebrastreifens an der Kreuzung Körnerstraße/Fabriciusstraße | 66/156 |
| 3.4 | Anregung gem. § 24 GO NW des Stadtsportverbandes Hilden, des Boxringes Hilden 1950 e.V. und des Turn- und Sportvereins Hilden 96
- Neubau einer 3-fach-Sporthalle - | 51/407 |
| 3.5 | Erhöhung der Wertgrenzen bei der Vergabe städtischer Aufträge - Antrag gem. § 24 GO NW | 20/161 |
| 4 | Angelegenheiten des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses | |
| 4.1 | Fabricius-Sporthalle
- Entscheidung über die weitere Vorgehensweise - | 26/105/1 |
| 4.2 | Änderungen des Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogrammes im Haushaltsjahr 2009 | 26/103 |
| 5 | Haushalts- und Gebührenangelegenheiten | |
| 5.1 | Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.10.2008 bis 31.12.2008 | 20/165 |

5.2	Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen/Schulhöfen im Stadtgebiet 2009 Hier: Beratung der §14 Unterlagen nach GemHVO	66/163
5.3	Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes hier: Unterlagen gemäß §14 GemVO	66/164
5.4	2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluß an die Abwasseranlage der Stadt Hilden - Anschlußbeitragssatzung - vom 10.04.2003	60/099
5.5	1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Hilden (Straßenbaubeitragssatzung) vom 30.06.2005	60/100
5.6	2. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) vom 07.11.1988	60/101
5.7	Künftige Struktur der Stadtentwässerung Hilden; hier: Anträge der CDU Fraktion und der BA-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen 2009	20/159
5.8	Entwurf der Haushaltssatzung 2009	20/164
5.9	Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2009 - zugleich Anlage zum Haushaltsplan 2009	20/163
6	Anträge	
6.1	Bezug von Ökostrom - Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen -	26/101/1
6.2	Beteiligungsmanagement der Stadt entwickeln und stetig optimieren; hier Antrag der BA-Fraktion	20/158
6.3	"Energiebericht für städtische Liegenschaften" Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	26/102
6.4	Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke; Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss am 22.10.2008	23/56
7	Nachtrag zum SchokoTicket-Vertrag	51/394
8	'Trennungs- und Scheidungsberatung' Änderung des Kontraktes	51/405
9	Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richtern für das Verwaltungsgericht in Düsseldorf	10/044
10	20 Jahre Partnerschaft mit Nove Mesto nad Metuji	01/136
11	Erweiterung der Bestattungsmöglichkeiten auf den Hildener Friedhöfen	68/043/1

- 12 Sachstandsbericht - Zentrale Vergabestelle 20/160
- 13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 13.1 Ausbau Hoffeldstraße
- 13.2 Einsatz von Wahlmaschinen
- 13.3 Sitzung Stadtentwicklungsausschuss am 18.03.2009
- 13.4 Ausbau Gerresheimer Straße
- 14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 14.1 Lärmschutz entlang der Eisenbahntrasse Hilden Süd
- 14.2 Modellprojekt an Hauptschulen zur Schuldenvorbeugung

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Scheib, eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die erschienenen Zuhörer. Zur Tagesordnung stellte er fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Sodann erinnerte er daran, dass im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2009 im Rahmen des Bürgerhaushaltes ein Wettbewerb ausgerufen wurde, in dem die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert wurden, Vorschläge zum Haushalt zu machen. Insgesamt seien 168 Vorschläge eingereicht worden, die anonymisiert einer Jury vorgelegt wurden, die diese Vorschläge bewertet hat. Die Jury hat nachfolgende Vorschläge als die besten bewertet:

1. Vorschlag von Herrn Poweleit, Hilden

Alle Kreuzungen, soweit möglich, in Kreisverkehre umwandeln.

2. Vorschlag von Frau Peters, Hilden

Patenschaften zur Pflege von öffentlichen Grünflächen zu vergeben.

3. Vorschlag von Herrn Becker, Hilden

Einrichtung eines Hausmeisterpools für die städtischen Gebäude

Die Jury habe gleichzeitig entschieden, dass alle 3 Vorschläge gleichwertig seien und mit jeweils 750 € bewertet werden sollen.

Bürgermeister Scheib bedankte sich bei den anwesenden Preisträgern für ihre Vorschläge. Auch wenn die Bewertung ihrer Vorschläge nicht zwingend bedeute, dass diese auch in die Tat umgesetzt würden, werde die Verwaltung in jedem Falle prüfen, inwieweit eine Umsetzung möglich und sinnvoll sei. Er bedankte sich bei den anwesenden Personen und überreichte ihnen jeweils einen Scheck in der vorgenannten Höhe.

Änderungen zur Tagesordnung

Zur Tagesordnung beantragt Rm. Weinrich/BA eine Erweiterung um den Tagesordnungspunkt „Herbeiführung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW zum geplanten Bau eines Brennkohlekraftwerkes in Düsseldorf“. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Zum Antrag selber wies Bürgermeister Scheib darauf hin, dass die Stadtwerke Düsseldorf dieses Vorhaben seiner Kenntnis nach derzeit auf Eis gelegt hätten, um noch Gespräche u. a. mit dem Stadtrat Düsseldorf zu führen und er deswegen eine Dringlichkeit, die Tagesordnung um dieses Thema zu erweitern, derzeit nicht sehe. Er schlage daher vor, diesen Antrag als Antrag zur Tagesordnung für die nächste Sitzung des Rates am 01. April vorzusehen.

Rm. Horzella/dUH fügte hinzu, dass er ebenfalls die Information hätte, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke am 13.03. keine Entscheidung in der Sache treffen werde. Darüber hinaus bezweifelte er, ob der Rat der Stadt Hilden überhaupt eine Zuständigkeit in der Sache besitze.

Rm. Weinrich/BA entgegnete, dass es dennoch nicht ausgeschlossen sei, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke Düsseldorf in seiner Sitzung am 13.03. einen entsprechenden Beschluss fasst, da es bisher keine klare Aussage des Aufsichtsrates in dieser Richtung gäbe.

Nach kurzer Diskussion lehnte der Haupt- und Finanzausschuss eine entsprechende Erweiterung der Tagesordnung mit 3 Ja-Stimmen (Fraktion Bürgeraktion und Bündnis 90/Die Grünen) gegen 19 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) ab.

Anschließend beschloss der Haupt- und Finanzausschuss die Tagesordnungspunkte 3.4, 4.1 sowie die Diskussion und Abstimmung zur Seite 3 (gelb) der Liste 3 des Haushaltsplanentwurfes (TO 5.8) vorzuziehen, da die Bürger, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, anwesend sind und nicht so lange warten sollen.

Weiterhin wurde beschlossen, auf Antrag von Rm. Reffgen/BA, die Tagesordnungspunkte 5.4, 5.5 und 5.6 gemeinsam zu beraten.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hatte sich niemand gemeldet.

1 Befangenheitserklärungen

Die Ratsmitglieder Claudia Schlottmann/CDU, Hiltrud Stegmaier/SPD und Werner Schneller/SPD sowie Bürgermeister Scheib erklärten sich zur Beratung und Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 8 für befangen.
Rm. Bartel/Bündnis 90/Die Grünen erklärte sich zu den Haushaltsplanberatungen zum Ausbau der Hoffeldstr. (TOP 5.8) für befangen.

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

1. Beigeordneter Thiele teilte mit, dass verschiedene Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen seien, dass im Zuge der Baggerarbeiten an der Elberfelder Straße die beauftragten Firmen den Weg zum Prießnitzverein kaputtgemacht hätten. Hiergegen könne zunächst nichts unternommen werden, da das gesamte Flurstück durch die Besitzeinweisung für die Bauarbeiten an die Fa. Bayer zur Nutzung zur Verfügung gestellt wurde. Hier könne die Verwaltung lediglich im Nachhinein darauf achten, dass nach Abschluss der Bauarbeiten der Weg wieder ordnungsgemäß instand gesetzt werde.

Bürgermeister Scheib erinnerte an die Anfrage von Rm. Weinrich zum Gefahrenabwehrplan, der nach Aussage der Bezirksregierung angeblich abgestimmt sei. Dies sei auch nach Aussage des Landrates definitiv nicht der Fall. Unabhängig davon bleibe die Bezirksregierung offensichtlich bei ihrer Auffassung. Hier werde es sicherlich noch Gespräche geben.

3 Anregungen und Beschwerden

3.1 Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW; hier: Wohnprojektgruppe MÖWE zum städtischen Grundstück Gerresheimer Straße 20 Vorlage: 23/58

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Bürgeraktion und CDU betonten nochmals, dass sie grundsätzlich für das Projekt seien, aber nach wie vor gegen eine Bebauung des in Auge gefassten Grundstückes an der Gerresheimer Str. 20 seien. Sie würden daher den Bürgerantrag ablehnen, hätten aber gleichzeitig die Bitte an die Verwaltung, dieses Projekt weiterhin zu unterstützen. Dem gegenüber bekräftigten die übrigen Fraktionen nochmals, dass sie grundsätzlich für dieses Projekt und eine Bebauung auf diesem Gelände seien.

Beschlussvorschlag (Antrag):

Die Wohnprojektgruppe Möwe-Wohnen für Jung und Alt – stellt (...) den Antrag, das städtische Grundstück hinter dem „alten Helmholtz“ (jetzt VHS Hilden-Haan und Musikschule Hilden) für ein von Möwe geplantes Wohnprojekt für Jung und Alt zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	9 Nein
SPD-Fraktion:	8 Ja
BA-Fraktion:	2 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	1 Nein
FDP-Fraktion:	1 Ja
dUH-Fraktion:	1 Ja
Bürgermeister	1 Ja

- 3.2 Antrag nach § 24 GO NRW, Benennung einer künftigen Straße nach Frau Hendrika Grüter
Vorlage: 61/249
-

Beschlussvorschlag (Antragstext):

Der Rat der Stadt beschließt eine neu entstehende Straße im Innenstadtbereich nach der am 14.11.1938 in Folge der Reichspogromnacht durch Selbstmord verstorbenen Frau Hendrika Grüter zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 3.3 Antrag nach § 24 GO NW
hier: Einrichtung eines Zebrastreifens an der Kreuzung Körnerstraße/Fabricsiusstraße
Vorlage: 66/156
-

Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungsausschusses :

Der Haupt- und Finanzausschuss bestätigt nachfolgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses.

„Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Antrag nach § 24 GO NW auf Einrichtung eines Zebrastreifens an der Kreuzung Körnerstraße / Fabricsiusstraße an. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechend tätig zu werden“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 3.4 Anregung gem. § 24 GO NW des Stadtsportverbandes Hilden, des Boxringes Hilden 1950 e.V. und des Turn- und Sportvereins Hilden 96
- Neubau einer 3-fach-Sporthalle -
Vorlage: 51/407
-

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 und den entsprechenden Anträgen zum Haushaltsplanentwurf 2009 (S. 3-gelb- der Liste 3 zum Tagesordnungspunkt 5.8) abgehandelt.

Der Kämmerer wies darauf hin, dass die Kriterien zur Förderung von Projekten im Rahmen des Konjunkturpaketes 2 der Bundesregierung nach wie vor noch nicht klar seien. Sicher wäre, dass die finanziellen Mittel für Projekte im Laufe des Haushaltsjahres überplanmäßig oder haushaltsplanmäßig bereitgestellt werden dürften. Hinsichtlich der Kriterien, unter welchen Voraussetzungen welche Projekte gefördert würden, gäbe es allerdings noch ein Paket mit insgesamt 250 Anfragen an das Land, auf deren Beantwortung man noch warte. Aus diesen Gründen empfehle er, bei allen Projekten, die im Rahmen des Konjunkturpaketes gefördert werden sollen, heute noch keinen Beschluss zu fassen, sondern erst in der nächsten Sitzung des Rates am 01.04.

In der Sache teilte der Liegenschaftsdezernent auf Anfrage von Rm. Burchartz/FDP mit, dass das Vereinsheim des TUS 96 auf einem städtischen Grundstück stehe, das seit vielen Jahren dem Verein im Wege des Erbbaurechtes zur Verfügung gestellt werde und es keine bauliche Verbundenheit mit der Sporthalle gäbe. Insofern könne das Vereinsheim auch bei einer Neubebauung bzw. Abriss des Gebäudes bestehen bleiben.

Nach kurzer Aussprache wurde die Beschlussfassung über diese Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückgestellt.

- 3.5 Erhöhung der Wertgrenzen bei der Vergabe städtischer Aufträge -
Antrag gem. § 24 GO NW
Vorlage: 20/161
-

Rm. Weinrich/BA beantragte eine Ergänzung des Beschlussvorschlages insofern, als die Anhebung der Wertgrenzen analog zum Erlass des Innenministeriums bis zum 31.12.2010 befristet werden sollte und fragte nach, ob die Verwaltung Möglichkeiten sehe, die Forderungen von Transparency International im Hinblick auf mehr Transparenz zu übernehmen.

Bürgermeister Scheib sicherte zu, dass die Verwaltung prüfen werde, welche Maßnahmen im Sinne von Transparency International möglich und umsetzbar seien. Das Ergebnis der Prüfung werde er schriftlich mitteilen.

Auf Vorschlag von Bürgermeister Scheib erklärte sich Rm. Weinrich bereit, anstelle einer Befristung den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass zum Jahreswechsel 2010/2011 ein Erfahrungsbericht der Verwaltung mit den angehobenen Vergabegrenzen vorgelegt werde.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung):

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt in analoger Anwendung der neuen Grenzen, dass zukünftig dem Haupt- und Finanzausschuss Vergaben oberhalb der Wertgrenze von 25.000 € im VOL-Bereich, 50.000 € im VOB-Bereich und 10.000 € im VOF-Bereich zur Kenntnis gegeben werden.

Die Verwaltung wird gebeten, zum Jahreswechsel 2010/2011 einen Erfahrungsbericht dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 Angelegenheiten des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungs-
ausschusses

4.1 Fabricius-Sporthalle
- Entscheidung über die weitere Vorgehensweise -
Vorlage: 26/105/1

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3.4 und dem entsprechenden Antrag zum Haushaltsplanentwurf (Seite 3-gelb der Liste 3 zum Tagesordnungspunkt 5.8) beraten.

Auch die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wurde bis zur nächsten Sitzung des Rates am 01. April zurückgestellt. Auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3.4 wird verwiesen.

4.2 Änderungen des Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogram-
mes im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 26/103

Beschlussvorschlag:

„Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales und im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungs-ausschuss die Abweichungen zum Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm für das Jahr 2009 zur Kenntnis und stimmt diesen Änderungen zu.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	9 Ja
SPD-Fraktion:	8 Ja
BA-Fraktion:	2 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	1 Ja
dUH-Fraktion:	1 Ja
Bürgermeister	1 Ja

5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

- 5.1 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.10.2008 bis 31.12.2008
Vorlage: 20/165
-

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis von den in der Zeit vom 01.10. bis 31.12.2008 erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (s. Anlage 1 zur SV) und investiven Auszahlungen (siehe Anlage 2 zur SV).

- 5.2 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen/Schulhöfen im Stadtgebiet 2009
Hier: Beratung der §14 Unterlagen nach GemHVO
Vorlage: 66/163
-

Beschlussvorschlag:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen und Schulhöfen im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten §14 Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 79.000 € (Schulhöfe und Kindergärten) und 235.500€ (Spielplätze) zu.

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.3 Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes
hier: Unterlagen gemäß §14 GemVO
Vorlage: 66/164

Bürgermeister Scheib wies auf die den Mitgliedern des Ausschusses heute vorgelegte Ergänzung zur Sitzungsvorlage hin.

Nach kurzer Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden

Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes (1. Bauabschnitt) und stimmt den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 548.000,00 Euro zu.

1. Nach Bereitstellung eines 1. Ansatzes für die Bauvorbereit. im Jahre 2008 =
70.000,00 €
soll der Restbetrag =
478.000,00 €

nach dem Bauzeitenplan unter Beachtung des Kassenwirksamkeitsprinzips folgendermaßen

veranschlagt werden: Ansatz 2009= 200.000,00 € bei VE für 2010 von
278.000,00 € Ansatz 2010= 278.000,00 €

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der weiteren Haushaltsplanung 2009 entschieden.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	9 Ja
SPD-Fraktion:	8 Ja
BA-Fraktion:	2 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	1 Ja
dUH-Fraktion:	1 Nein
Bürgermeister	1 Ja

5.4 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluß an die Abwasseranlage der Stadt Hilden - Anschlußbeitragssatzung - vom 10.04.2003
Vorlage: 60/099

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5.5 und 5.6 abgehandelt.

Rm. Reffgen/BA reichte für die Bürgeraktion im Zusammenhang mit den 3 vorgenannten Tagesordnungspunkten den der Niederschrift als Anlage 2 beigefügten Antrag ein und bat darum, die Beschlussfassung zu den vorgenannten Tagesordnungspunkten auf die Sitzung des Rates am 01.04. zu verschieben.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgeraktion mehrheitlich abgelehnt. Nach kurzer Diskussion einigten sich die Mitglieder des Rates darauf, den Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im April zu setzen.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss:

Die der SV als Anlage in vollem Wortlaut vorliegende 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Abwasseranlage der Stadt Hilden - Anschlussbeitragssatzung - vom 10.04.2003 wird hiermit beschlossen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	9 Ja
SPD-Fraktion:	8 Ja
BA-Fraktion:	2 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	1 Ja
FDP-Fraktion:	1 Ja
dUH-Fraktion:	1 Ja
Bürgermeister	1 Ja

- 5.5 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Hilden (Straßenbaubeitragssatzung) vom 30.06.2005

Vorlage: 60/100

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5.4 und 5.6 abgehandelt.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss:

Die der SV als Anlage beigefügte in vollem Wortlaut vorliegende 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Hilden (Straßenbaubeitragssatzung) vom 30.06.2005 wird hiermit beschlossen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	9 Ja
SPD-Fraktion:	8 Ja
BA-Fraktion:	2 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	1 Ja
FDP-Fraktion:	1 Ja
dUH-Fraktion:	1 Ja
Bürgermeister	1 Ja

- 5.6 2. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) vom 07.11.1988
Vorlage: 60/101
-

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5.4 und 5.5 abgehandelt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss:

Die der SV als Anlage beigefügte in vollem Wortlaut vorliegende 2. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) vom 07.11.1988 wird hiermit beschlossen

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	9 Ja
SPD-Fraktion:	8 Ja
BA-Fraktion:	2 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	1 Ja
FDP-Fraktion:	1 Ja
dUH-Fraktion:	1 Ja
Bürgermeister	1 Ja

- 5.7 Künftige Struktur der Stadtentwässerung Hilden; hier: Anträge der CDU Fraktion und der BA-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen 2009
Vorlage: 20/159
-

Rm. Krall/CDU machte deutlich, dass ihre Fraktion derzeit keinen Handlungsbedarf für eine Änderung der Struktur der Stadtentwässerung sähe und grundsätzlich kein Interesse mehr an einer Privatisierung habe. Zum Thema Mehrwertsteuerprivileg verwies sie auf ein noch erwartetes Urteil des europäischen Gerichtshofes und bat

aus Gründen äußerster Vorsicht um Ergänzung des Beschlussvorschlages dahingehend, dass zur Vermeidung von Mehrbelastungen für die Bürger steuerrechtliche Fragen geklärt werden sollen.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss den Themenbereich „Künftige Struktur der Stadtentwässerung in Hilden“ nach den Sommerferien erneut dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vorzulegen.

Zur Vermeidung von Mehrbelastungen für die Bürger wird die Verwaltung gebeten, steuerrechtliche Fragen abzuklären.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.8 Entwurf der Haushaltssatzung 2009
Vorlage: 20/164

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gegenüber dem vorgelegten Entwurf nachfolgende Änderungen (siehe Änderungslisten):
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Beratungsergebnis die Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen, einschließlich der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung und der fortgeschriebenen Teilpläne (inkl. der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit) bis 2012 fertig zu stellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnisse:

Zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages:

Liste 1 (Auflistung der erledigten oder zurückgezogenen Anträge)

2 Nein (Fraktionen dUH und Bündnis 90/Die Grünen)
20 Ja (übrige Fraktionen und Bürgermeister)

Liste 2 (Ansatzkorrekturen mit Verwaltungsvorschlägen)

2 Nein (Fraktionen dUH und Bündnis 90/Die Grünen)
20 Ja (übrige Fraktionen und Bürgermeister)

Liste 3

Die Abstimmungsergebnisse sind im Einzelnen der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages:

Einstimmig beschlossen

- 5.9 Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2009 - zugleich Anlage zum Haushaltsplan 2009
Vorlage: 20/163
-

Beschlussvorschlag:

- „1. Der Rat der Stadt nimmt nach Vorberatung durch den Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von dem der SV als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht. Der Rat beschließt über den Bericht als Anlage zum Haushaltsplan 2009, im Sinne von § 108 Abs. 2 GO NW in Verbindung mit § 1 Abs. 2 GemHVO.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Bekanntgabe des Beteiligungsberichtes zu veranlassen (s. § 117 Abs. 2 GONW). Die Aufsichtsbehörde ist vorab hierüber in Kenntnis zu setzen im Sinne von § 80 Abs. 5 GO NW. Als Anlage zur Haushaltssatzung ist der Beteiligungsbericht nach § 80 Abs. 6 GO NW bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2008 zur Einsichtnahme bereit zu halten.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6 Anträge

- 6.1 Bezug von Ökostrom
- Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen -
Vorlage: 26/101/1
-

Rm. Bartel/Grüne bat darum, den Ökostrom nicht erst im Jahre 2010, sondern bereits in diesem Jahr einzukaufen und hierüber auch abstimmen zu lassen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt bezieht für die Abnahmestellen, die mit sog. Leistungsmessung ausgestattet sind, ab dem Jahre 2010 von den Stadtwerken Ökostrom, der mit dem Zertifikat „OK-Power“ gekennzeichnet ist. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Hilden zu prüfen, ob weitere Abnahmestellen für den Bezug nach Leistungsmessung in Frage kommen und somit auch hier künftig Ökostrom nach dem dargestellten System bezogen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

für den Bezug von Ökostrom in 2009

1 Ja-Stimme (Bündnis 90/Die Grünen)

für den Bezug von Ökostrom ab dem Jahr 2010

19 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, SPD, FDP, dUH und Bürgermeister)

Die Fraktion Bürgeraktion enthielt sich.

6.2 Beteiligungsmanagement der Stadt entwickeln und stetig optimieren; hier Antrag der BA-Fraktion
Vorlage: 20/158

Rm. Weinrich/BA reichte für die Bürgeraktion nachstehenden Beschlussvorschlag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss beschließen:

1. *Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden Feststellungen des Rechnungsprüfungsamts im Prüfbericht vom 28.10.2008 zum Beteiligungsmanagement der Stadt bei der Stadtwerke Hilden GmbH:*

- *Die Frist zur Vorlage der Jahresabschlüsse wurde überschritten.*
- *Die Beteiligungsverwaltung wurde durch den Beigeordneten Thiele und durch den Kämmerer wahrgenommen – auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlicher Intensität.*
- *Mit dem Anteilsverkauf der SWH sind quantitativ und qualitativ höhere Anforderungen an Beteiligungsmanagement zu erwarten, aber die Tätigkeit des Beteiligungsmanagements ist nicht näher geregelt. Es sind keine internen Arbeits- oder Dienstsanweisungen und kein „Risikohandbuch“ vorhanden.*
- *Die unmittelbaren Beteiligungsakten enthalten über Abschlussgespräche mit den Wirtschaftsprüfern, an denen Vertreter der Stadt angeblich teilgenommen haben, keine schriftlichen Unterlagen.*
- *Zur Mitwirkung des Beteiligungsmanagements bei Vorschlag/Wahl Abschlussprüfer finden sich ebenfalls keine näher erläuternden Dokumente.*
- *In den unmittelbaren Akten der Beteiligungsverwaltung finden sich keine Schriftstücke, die die grundsätzliche Überwachung der Einhaltung formaler Vorgaben durch Gesetz/Satzung belegen.*
- *Dokumente, die Auswertungen und Analyse der Protokolle und Wirtschaftspläne durch Stadt belegen, wurden in die Akten der Beteiligungsverwaltung nicht aufgenommen.*
- *Ein formalisiertes Beteiligungscontrolling für die Stadtwerke ist nicht eingerichtet und sollte geändert werden.*

2. *Der Rat nimmt ferner Kenntnis von der Feststellung des Rechnungsprüfungsamts im Prüfbericht, dass alle Prüfergebnisse bei Stadtwerken auch*

für die Beteiligungsverwaltung der Holding umzusetzen sind.

3. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, umgehend den Anforderungen des Prüfberichts des Rechnungsprüfungsamtes zum städtischen Beteiligungsmanagement nachzukommen. Dabei soll auch geprüft werden, ob die städtische Beteiligungsverwaltung personell und qualitativ verstärkt werden muss, um den steigenden Anforderungen gerecht werden zu können.
4. Der Bürgermeister wird aufgefordert, bis zum Jahresende einen Bericht über die Umsetzung dieses Beschlusses vorzulegen.“

Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage ohne Beschlussfassung auf die nächste Sitzung des Rates verschoben.

6.3 "Energiebericht für städtische Liegenschaften"
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 26/102

Beschlussvorschlag (Antrag):

Für die städtischen Liegenschaften wird jährlich ein Energiebericht aufgelegt, in dem die Heiz- und Stromverbräuche erfasst und erläutert werden.

Folgende Bereiche sollen dabei berücksichtigt werden:

- städtische Liegenschaften
- Ampeln
- Straßenbeleuchtung

Der Energiebericht soll beinhalten:

- die Entwicklung der Verbräuche gegenüber den Vorjahren (je Gebäude und unter Berücksichtigung von Nutzungsänderungen wie z.B. längere Öffnungszeiten von Schulen und Kindergärten)
- die jeweils gültigen Energieverbrauchskennwerte der Bundesregierung
- Begründungen, warum diese Kennwerte überschritten werden
- Vorstellung von Maßnahmen mit denen sich zu hohe Verbrauchswerte senken lassen,
- Hinweise auf Einsparungen, die jeweils innerhalb der letzten zwei Jahre durch energetische Optimierungen erzielt wurden

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	9 Nein
SPD-Fraktion:	8 Nein
BA-Fraktion:	2 Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	1 Ja
dUH-Fraktion:	1 Nein

- 6.4 Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke;
Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss am
22.10.2008
Vorlage: 23/56
-

Entsprechend den Ausführungen der Verwaltung in den Erläuterungen und Begründung wurde im Hinblick auf die Veräußerung städtischer Grundstücke für gewerbliche Nutzung oder Nutzung für den Wohnungsbau getrennt abgestimmt.

Beschlussvorschlag (Antrag SPD):

Der Rat möge nach Vorberatung im Ausschuss für Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung beschließen:

„Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei der Veräußerung städtischer Grundstücke (Verkauf oder Erbpacht) vertraglich zu vereinbaren, dass im Falle einer Bebauung der Neubau in Passivbauweise entsteht. Sollte dieses aus baulichen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, sollte das zu errichtende Gebäude eine um 30 % bessere Energieeffizienz aufweisen, als dieses in der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (EnEV) vorgegeben ist, d.h., es soll eine Unterschreitung der EnEV um 30 % erreicht werden.“

Abstimmungsergebnis:

Für eine vertragliche Vereinbarung zu einer Passivbauweise bei Veräußerung der Grundstücke für eine Wohnbebauung:

einstimmig ja

Für eine vertragliche Vereinbarung zu einer Passivbauweise für Grundstücke mit einer Gewerbebebauung:

12 Ja (Fraktionen SPD, Bürgeraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgermeister)
10 Nein (Fraktionen CDU und dUH)

- 7 Nachtrag zum SchokoTicket-Vertrag
Vorlage: 51/394
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Jugend, Schule und Sport und im Haupt- und Finanzausschuss den Vertrag zum Schokoticket in der der SV als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 8 'Trennungs- und Scheidungsberatung'
Änderung des Kontraktes
Vorlage: 51/405
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatten sich die Ratsmitglieder Claudia Schlottmann/CDU, Hiltrud Stegmaier/SPD und Werner Schneller/SPD sowie Bürgermeister Scheib für befugten erklärt. Den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt übernahm stellvertretender Bürgermeister Norbert Schreier.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss eine Aufstockung der Personalressourcen für den Bereich Vormundschaften/ Ergänzungspflegschaften um eine 0,25 Vollzeitstelle und eine Umstellung des Kontraktes auf eine Indexanpassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 9 Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richtern für das
Verwaltungsgericht in Düsseldorf
Vorlage: 10/044
-

Auf Vorschlag des Bürgermeisters sollten alle in der Bewerberübersicht enthaltenen Personen gewählt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt wählt auf Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses alle Personen von der beigefügten Bewerberübersicht und schlägt diese dem Landrat zur Erstellung der dortigen Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern für das Verwaltungsgericht in Düsseldorf (Wahlzeitbeginn:01.05.2010) vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 10 20 Jahre Partnerschaft mit Nove Mesto nad Metuji
Vorlage: 01/136
-

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Paten- und Partnerschaftsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Rat den im Jahr des 20-jährigen Jubiläums der Partnerschaft geplanten Partnerschaftsaktivitäten mit Nove Mesto nad Metuji zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 11 Erweiterung der Bestattungsmöglichkeiten auf den Hildener Friedhöfen
Vorlage: 68/043/1
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt:

1. Als zusätzliche Bestattungsart werden zukünftig Baumbestattungen auf dem Hildener Südfriedhof angeboten. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Haushalt 2009 bereitgestellt.
2. Die der SV als Anlage in vollem Wortlaut vorliegende 2. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden vom 22.12.2006 wird hiermit beschlossen

Der Bürgermeister wird beauftragt, alles Weitere zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 12 Sachstandsbericht - Zentrale Vergabestelle
Vorlage: 20/160
-

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den Sachstandsbericht über die Tätigkeiten der Zentralen Vergabestelle zur Kenntnis

- 13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
-

- 13.1 Ausbau Hoffeldstraße
-

Bürgermeister Scheib teilte mit, dass die Prüfung des Gutachtens zum Ausbau der Hoffeldstraße durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Monheim abgeschlossen und Tagesordnungspunkt auf der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sein werde. Die Verwaltung habe dem Sprecher der Interessengemeinschaft Hoffeldstraße zugesichert, dass er zeitgleich mit den Ausschussmitgliedern die Sitzungsvorlage zur Kenntnis übersandt bekomme.

13.2 Einsatz von Wahlmaschinen

Bürgermeister Scheib verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach die derzeit auch bei der Stadt Hilden im Einsatz befindlichen Wahlmaschinen nicht verfassungsgemäß seien. Insofern könne jetzt schon darauf hingewiesen werden, dass wiederum ein erhöhter Personalaufwand mit entsprechenden Folgekosten für die anstehenden Wahlen entsteht.

13.3 Sitzung Stadtentwicklungsausschuss am 18.03.2009

Der Baudezernent informierte vorab darüber, dass die Tagesordnung für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 18.03. um einen Tagesordnungspunkt für eine Bebauungsplanänderung für den Bereich Warringtonplatz/Heiligenstraße erweitert werden solle.

13.4 Ausbau Gerresheimer Straße

Bürgermeister Scheib teilte mit, dass verschiedene Anwohner der Gerresheimer Straße ihn angesprochen hätten auf die Beschlüsse zur Umgestaltung der Gerresheimer Straße im Bereich des Schulzentrums. Die Bedenken richteten sich überwiegend dagegen, dass durch den Bau der Querungshilfen Parkflächen für die Anwohner wegfielen. Er habe den Anwohnern zugesichert, diese Bedenken dem Rat bzw. dem Haupt- und Finanzausschuss mitzuteilen.

Rm. Alkenings/SPD verwies auf den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses, wonach diese Umbaumaßnahmen zunächst auf 1 Jahr zur Probe erfolgen sollten. Sollte sich dabei herausstellen, dass die Nachteile überwiegen, werde man ohnehin erneut hierüber beraten.

14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

14.1 Lärmschutz entlang der Eisenbahntrasse Hilden Süd

Rm. Claudia Schlottmann reichte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage ein:

Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen des Konjunkturprogramms II zu prüfen, welche Möglichkeiten es zum Lärmschutz entlang der Trasse der Deutschen Bundesbahn von Erkrath nach Langenfeld, durch den Hildener Süden, gibt, und wie

hoch die dadurch entstehenden Kosten sind. Hier ist ebenfalls zu prüfen, ob eine Beteiligung der Deutschen Bahn AG an den Kosten im Rahmen eines Lärmschutzprogramms möglich ist.

Begründung:

Die Belastung der Anwohner im Hildener Süden steigt ständig und kann damit auf Dauer auch zu Gesundheitsschäden führen, daher sind in unseren Augen Konsequenzen unabdingbar notwendig.

14.2 Modellprojekt an Hauptschulen zur Schuldenvorbeugung

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Im Rhein-Kreis Neuss ist ein Projekt zur Schuldenvorbeugung gestartet worden

Unter dem Motto „Knete, Krisen, Kompetenzen“ soll Schülerinnen und Schülern an Hauptschulen der verantwortliche Umgang mit Geld beigebracht werden.

Mehr als 12 Prozent der über 18-Jährigen in Neuss haben so viele Schulden, dass sie ihre laufenden Kosten nicht mehr bezahlen können. Entwickelt haben das Projekt der Sozialdienst Katholischer Männer, das Diakonische Werk Neuss und der Internationale Bund Dormagen.

Ich frage die Stadtverwaltung:

Sieht die Stadt Hilden die Notwendigkeit und die Möglichkeit, dieses Projekt des Rhein-Kreises Neuss auch in Hilden zu starten?

Ende der Sitzung: 22:10 Uhr

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Gesehen: